

Beschluss NRW kann es besser: Kohleausstieg und Energiewende konsequent anpacken

Gremium: LPR
Beschlussdatum: 15.02.2020
Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

Antragstext

1 **NRW kann es besser: Kohleausstieg und** 2 **Energiewende konsequent anpacken**

3 2019 war leider wieder ein verlorenes Jahr für die Energiewende und den
4 Klimaschutz in NRW:

- 5 • Die Ausbauzahlen für die Windenergie brachen ein, die Zukunftsbrache ist
6 in Deutschland gegen den globalen Trend mit Massenentlassungen und
7 Insolvenzen konfrontiert.
- 8 • Das Klimapäckchen der Bundesregierung stellt bei weitem nicht die
9 notwendigen Weichen zum Erreichen der Klimaschutzziele, auch wenn es
10 Grünen im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat gelungen ist,
11 substantielle Verbesserungen vor allem beim CO₂-Preis durchzusetzen.
- 12 • Und zuletzt brauchte die Bundesregierung nach dem Vorschlag der
13 Kohlekommission ein ganzes Jahr, um einen Gesetzentwurf für einen
14 Kohleausstieg vorzulegen.

15 Auch wenn die Kritik zu recht überwiegt - dass wir heute überhaupt einen CO₂-
16 Preis bekommen werden und ein Kohleausstiegsgesetz vorliegt, ist erst mal Erfolg
17 der Klimaschutzbewegung. Erst die Massenproteste im Hambacher Wald, dann die
18 FFF-Bewegung, die hunderttausende Menschen auch in Deutschland auf die Straße
19 gebracht hat: die Bundesregierung wurde so unter Druck gesetzt, dass sie ihrer
20 Blockadehaltung beim überfälligen Kohleausstieg aufgeben musste. Auch wenn das
21 aktuelle Gesetz weit davon entfernt ist, die Klimaschutzziele zu erreichen und
22 etliche fatale Fehlstellungen enthält, ist es dennoch der überfällige Einstieg
23 in den Ausstieg. Den gilt es jetzt zu verbessern.

24 Denn das, was die Bundesregierung nun nach dem langen Warten vorgelegt hat, ist
25 alles andere als eine 1:1 Umsetzung der Empfehlungen der Kohlekommission. An
26 entscheidenden Stellen weicht das Gesetz, an dem auch die NRW-Landesregierung
27 mitarbeitete, von den Empfehlungen deutlich ab. Noch weniger ist es geeignet,
28 den deutschen Anteil an der Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels darzustellen.

29 Ministerpräsident Armin Laschet feiert den NRW-Beitrag zum Kohleausstieg als
30 besonders groß. Fakt aber ist: Er hat sich auf Bundesebene dafür eingesetzt,
31 dass zu Beginn des Ausstiegs erst noch ein neues Kohlekraftwerk ans Netz geht
32 und Tagebaue ohne Berücksichtigung der veränderten energiewirtschaftlichen
33 Bedingungen für energiewirtschaftlich notwendig erklärt werden. Statt den
34 anstehenden Kohleausstieg und Strukturwandel als Chance zu begreifen und
35 Verantwortung beim Klimaschutz zu übernehmen, macht sich Ministerpräsident
36 Laschet für Kohleunternehmen stark. Mit dem Kohleausstiegsgesetz verschenken

37 Bundes- und Landesregierung die Chance, den in der Kohlekommission mühsam
38 erarbeiteten und gefundenen Kompromiss umzusetzen. Sie brechen damit auch hier
39 in NRW wieder den Konflikt um die Kohle auf, anstatt dazu beizutragen, ihn zu
40 beenden. Wir unterstützen die Klimabewegung in ihrem friedlichen Protest und
41 fordern alle Beteiligten auf, weiterhin friedlich zu agieren.

42 Aus unserem Bundesland stammen ein Drittel der deutschen CO₂-Emissionen. Das
43 bringt die Verantwortung mit sich, den Strukturwandel und Kohleausstieg aktiv
44 voranzutreiben und mitzugestalten, z.B. indem das Rheinische Revier in eine
45 klimafreundliche Region verwandelt wird. Mit der Erzählung, NRW würde für den
46 Kohleausstieg besonders große Opfer bringen, zeigt die Landesregierung, dass sie
47 keine Vorstellung davon hat, welches Potenzial und welche Innovationskraft in
48 NRW steckt. Jetzt gilt es die Chance dieses Wandels zu ergreifen, den Ausbau der
49 Erneuerbaren Energie voranzutreiben und den grünen Wandel in NRW zu gestalten.
50 NRW, mit seiner Geschichte im Rheinischen Revier, dem Ruhrgebiet, Westfalen und
51 den Orten der Produktionsweise der "alten Zeit", hat die Chance die erste
52 klimaneutrale Region Europas zu werden.

53 ALLE DÖRFER MÜSSEN BLEIBEN

54 Nicht nur für neue Kohlekraftwerke scheint sich die Landesregierung NRW in
55 Berlin stark gemacht zu haben. Als einziger Tagebau wird Garzweiler II im
56 Entwurf des Kohleausstiegsgesetzes der Bundesregierung explizit genannt und ihm
57 eine energiewirtschaftliche Notwendigkeit bescheinigt – ohne, dass Gutachten
58 unter Berücksichtigung des Kohleausstiegs das festgestellt hätten. Es fehlt der
59 Beleg für diese Festschreibung. Ministerpräsident Laschet lässt sich damit
60 Abriss und Umsiedlung der Dörfer am Tagebau per Bundesgesetz festschreiben,
61 statt für die Menschen vor Ort zu kämpfen. Wir Grüne sind weiterhin davon
62 überzeugt, dass bei einer 1:1 Umsetzung des Kohlekompromisses die Dörfer und der
63 Hambacher Wald gerettet werden können. Die aus wirtschaftlichen Gründen
64 vorgezogene Abschaltung des Kraftwerks Weisweiler und die Beendigung des
65 Tagebaus Inden dürfen nicht dazu führen, dass Kraftwerksblöcke in Neurath und
66 Niederaußem länger betrieben werden und dafür eine stärkere Auskohlung des
67 Tagebaus Garzweiler sowie Zwangsumsiedlungen der Dörfer in Kauf genommen werden.
68 Wir fordern den Ministerpräsidenten auf, Verantwortung zu übernehmen und den
69 Menschen in den Dörfern an den Tagebauen eine Perspektive zu bieten. Die nun zu
70 erarbeitende neue Leitentscheidung muss den Erhalt aller Dörfer beinhalten.

71 #HAMBIBLEIBT - MEHR ALS EIN INSELWALD

72 Ein großer Erfolg für die Klima- und Umweltbewegung ist der angekündigte Erhalt
73 des Hambacher Waldes. Der Erhalt des Waldes muss jetzt auch rechtlich durch die
74 neue Leitentscheidung abgesichert werden. Der Erhalt des Waldes ist aber
75 keinesfalls ein „Geschenk“ an die Bewegung, mit welchem die Zustimmung zu einem
76 völlig unzureichenden Kohleausstiegsgesetz erkauf werden könnte.

77 Der Hambacher Wald braucht jetzt eine echte Perspektive, damit er mehr wird als
78 eine bewaldete Halbinsel in zerstörter Landschaft. Wir wollen, dass der
79 Hambacher Wald Herzstück eines neuen Biotopverbundsystems im Rheinischen Revier
80 wird, verbunden mit den Waldflächen im Umkreis und den rekultivierten

81 Tagebauflächen. Dafür muss der Hambacher Wald als Eigentum einer
82 Naturschutzstiftung dauerhaft gesichert werden.

83 DATTELN IV DARF NICHT ANS NETZ GEHEN

84 Fast abstrus ist es, dass der Kohleausstieg mit der Inbetriebnahme eines neuen
85 Steinkohlekraftwerks in Nordrhein-Westfalen beginnen soll – das ist das völlig
86 falsche Signal. Datteln IV wäre das letzte neue Kohlekraftwerk, das in
87 Westeuropa noch ans Netz geht. Anstatt auf Strom aus Erneuerbaren Energien zu
88 setzen, zementiert die Landesregierung mit ihrem Einsatz für das Kraftwerk, dass
89 sie nur schwer von der Kohle lassen kann.

90 Mit ihrer Entscheidung widerspricht die Bundesregierung ausdrücklich den
91 Empfehlungen der Kohlekommission, eine Verhandlungslösung zu finden, um noch
92 nicht im Betrieb befindliche Kraftwerke nicht ans Netz zu nehmen. Armin Laschet
93 hat kräftig mitgewirkt, eine solche Verhandlungslösung zu verhindern, indem er
94 öffentlich die Höhe von immensen 1,5 Mrd. Euro Entschädigungssumme an den
95 Betreiber Uniper nannte. Eine Summe, die in dieser Höhe gar nicht mehr im Ansatz
96 den Wert des Kraftwerks für Uniper widerspiegelt. Datteln IV ist Symbol des
97 Einknickens der Landesregierung gegenüber dem Gewinninteresse eines Konzerns,
98 dessen Geschäftsmodell der Vergangenheit angehört.

99 Nicht nur die Emissionen von Datteln IV sind eine Belastung für Klima, Umwelt
100 und Menschen, sondern auch der Abbau der für Datteln IV benötigten Steinkohle,
101 die unter katastrophalen Abbaubedingungen in den Lieferländern gewonnen wird,
102 unter anderem in Russland. Für die billige Kohle bezahlen die Menschen dort mit
103 ihrer Gesundheit, werden Menschenrechte missachtet, wird Trinkwasser verseucht
104 und Raubbau an der Natur betrieben. Politik, Unternehmen und Beschäftigte hier
105 in NRW sind gemeinsam den richtigen Weg gegangen, Ende 2018 aus dem
106 Steinkohlebergbau auszusteigen, weil er keine Zukunft mehr hatte. Jetzt noch
107 jahrzehntelang Blutkohle aus dem Ausland zu importieren, ist genau die falsche
108 Konsequenz aus diesem Ausstieg. Wir fordern: Datteln IV darf nicht ans Netz. Mit
109 Investitionen in zukunftsfähige Arbeitsplätze wollen wir das Ruhrgebiet stärken.

110 DER AUSSTIEG DARF NICHT AUFGEBSCHOBEN WERDEN

111 Statt wie von der Kohlekommission empfohlen, sowohl Stein- als auch
112 Braunkohlkraftwerke stetig abzuschalten, hat die Bundesregierung das Abschalten
113 von Braunkohlekraftwerksblöcken auf das Ende unseres Jahrzehnts bzw. in die
114 2030er Jahre verschoben. Das führt zu erheblich mehr Emissionen und lässt es
115 noch unwahrscheinlicher werden, dass Deutschland die Pariser Klimaziele
116 erreicht. Der Klimaschutz erfordert ein schnelleres Abschalten. Denn jede Tonne
117 CO₂ die nicht mehr freigesetzt wird, ist gut für den Klimaschutz. Damit kündigt
118 die Bundesregierung den mühsam gefundenen Kohlekompromiss auf. Wir fordern
119 mindestens die 1:1 Umsetzung der Empfehlungen der Kohlekommission. Klar ist
120 aber auch: Um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, brauchen wir einen stetigen und
121 schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohle.

122 Kohleausstieg und Klimaschutz europäisch und global denken

123

124 Der Europäische Green Deal ist das tiefgreifendste Umwelt- und
125 Klimaschutzprogramm, das Europa je gesehen hat. Von Klimaschutz bis zur

126 Energiewende zeigt der Green Deal in die richtige Richtung. Europa soll bis 2050
127 der erste CO2-neutrale Kontinent werden. Die europäische Energiewende samt einem
128 europaweiten, sozialverträglichen Kohleausstieg befindet sich im Kern dieses
129 Programms. Der Green Deal macht klar: Damit der Ausstieg aus der Kohle und der
130 Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare Energien gelingen, müssen wir in Europa
131 stärker als jemals zuvor zusammenarbeiten. Durch einen Ausbau der
132 grenzüberschreitenden Stromtrassen können wir beispielsweise Spitzen in der
133 Erzeugung erneuerbarer Energien dort zu unseren Nachbarn leiten, wo diese
134 gebraucht werden. Durch ein paneuropäisches Smart-Grid rücken wir nicht nur als
135 Europäer*innen näher zusammen, sondern machen uns auch unabhängiger von fossilen
136 Energieträgern. Wir wollen NRW zu einer europäischen Modellregion für die
137 Energiewende machen. In Sachen Kohleausstieg können wir uns ein Beispiel an
138 unseren Nachbarn nehmen. Frankreich, Schweden, Italien, Österreich und Irland
139 wollen bis 2025 aus der Kohleverstromung aussteigen. Zur Unterstützung dieser
140 Ambitionen stellt die EU 7,5 Milliarden Euro für die vom Strukturwandel
141 betroffenen Regionen zur Verfügung. Das ist zu wenig für den europaweiten
142 Kohleausstieg. Während die Bundesregierung 4,35 Milliarden Euro Entschädigung an
143 RWE und LEAG zahlt - für Kraftwerke, die zum Teil kaum vor dem geplanten
144 Laufzeitende abgeschaltet werden sollen - blockiert sie in Brüssel ein höheres
145 EU-Budget. Ein höheres EU-Budget ist dringend notwendig für Gemeinsame
146 Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz und einen gerechten Strukturwandel,
147 Digitalisierung, Erasmus und Forschung. Die NRW-Landesregierung ist gefordert,
148 sich in Berlin gegen diese Blockade einzusetzen. Wir erwarten sowohl von der
149 Landes-, als auch von der Bundesregierung, dass sie sich für zukunftsweisende
150 Investitionen und den Erfolg des Green Deal stark machen. Damit die europäische
151 Energiewende gelingt, braucht es mehr, nicht weniger ambitionierte Pläne. Nur
152 wenn das Geld dort ankommt, wo es dem Klimaschutz am meisten hilft und vor Ort
153 Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen sichert, kann ein sozialverträglicher,
154 europaweiter Kohleausstieg rechtzeitig zum Erreichen der Pariser Klimaziele
155 gelingen.

156 MEHR TEMPO BEI SONNE UND WIND

157 In den letzten Jahren haben schwarz-rote Bundesregierung und schwarz-gelbe
158 Landesregierung dafür gesorgt, dass die Energiewende sehenden Auges vor die Wand
159 gefahren wird. Wir erleben aktuell eine schleichende Deindustrialisierung bei
160 den Erneuerbaren Energien – nicht zuletzt wegen der Verhinderungspolitik der
161 schwarz-gelben Landesregierung bei der Windenergie in NRW, unnützen Diskussionen
162 zu Mindestabständen und dem fast erreichten Deckel bei der Solarförderung. Die
163 Landesregierung verschläft die Chance den Wandel in NRW zu gestalten und für
164 unser Industrieland eine Energieversorgung mit 100 Prozent Erneuerbaren Energien
165 aufzubauen.

166 Wir brauchen jetzt eine Offensive für Erneuerbaren Energien. Gerade im
167 Rheinischen Revier gibt es noch ein großes Potenzial. Die Strukturmittel müssen
168 deshalb in klimafreundliche Projekte fließen. Wir brauchen einen Klimavorbehalt
169 und Mittel, um den Ausbau Erneuerbarer Energien zu unterstützen. Wenn NRW eine
170 Chance haben soll, von den Mitteln des europäischen Milliarden-Topfes „Just
171 Transition Fund“ zu profitieren, dann indem es die Mittel besonders ökologisch
172 konditioniert. Wir fordern deshalb die Rücknahme der hohen Abstandsregelungen
173 für Windenergieanlagen in NRW, bessere Beratung und eine Entbürokratisierung für

174 die Solarenergie in NRW sowie den Klimavorbehalt für Strukturmittel, die in NRW
175 eingesetzt werden.